

Buchbesprechungen

Fricke, Dieter: *Verteilungswirkungen der Inflation*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1980. 411 S. Geb. DM 96,—.

Fricke legt mit seiner Habilitationsschrift (Köln) eine breit angelegte theoretische und empirische Untersuchung über die Verteilungswirkungen der Inflation vor. Die überwiegend negative Einschätzung der Inflation in Politik und Öffentlichkeit wird häufig auf deren vermutete, als unsozial eingestufte Verteilungswirkungen zurückgeführt. Hierfür gibt es auch in der Inflationstheorie zahlreiche Anhaltspunkte. Ausführlich arbeitet Fricke im Kapitel 2 die Verteilungsaussagen der nachfrageorientierten, der angebotsorientierten und der neoquantitätstheoretischen (monetaristischen) Inflationserklärungen heraus. Bei allen Unterschieden im Detail lassen sich inflationsbedingte Umverteilungen doch auf wenige Ursachen zurückführen: die (Un)Fähigkeit zu korrekter Antizipation der Inflationsrate, die (Un)Fähigkeit der flexiblen Anpassung wirtschaftlicher Dispositionen an die Inflationserwartungen und — mit Blick auf die neoquantitätstheoretische Interpretation der Inflation als Steuer auf Geldbestände — bestimmte institutionelle Gegebenheiten des Geldsystems.

Den inflationstheoretischen Verteilungshypothesen stellt Fricke dann im Kapitel 3 die empirischen Untersuchungen zu Inzidenz der Inflation gegenüber. Der Verfasser nimmt zwar überwiegend keine eigenen Berechnungen vor. Jedoch wertet er die zahlreichen in den letzten Jahrzehnten erschienenen Arbeiten zu diesem Thema systematisch aus, die sich auf die Inflationseffekte in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik Deutschland beziehen. Nicht nur die Lohn-Lag Hypothese, die Transfereinkommen-Hypothese und die Gläubiger-Schuldner-Hypothese werden behandelt. Auch die Frage nach dem Staat als Inflationsgewinner (oder Verlierer?), nach der inflationsbedingten Umverteilung über die Steuerprogression wie auch nach der personellen Verteilung wird gestellt. Wie problematisch empirische Schätzungen über inflationsbedingte Umverteilungen sind, ist in der Literatur mehrfach behandelt worden. Eine entsprechend vorsichtige Interpretation ist geboten. Insgesamt gesehen — das ist das empirische Fazit — lassen sich die von der Theorie behaupteten inflationsbedingten Umverteilungen in der Realität nicht oder — so die Gläubiger-Schuldner-Hypothese — nur in abgeschwächter Form bestätigen. Die nach Fricke's Problemaufriß nun naheliegende Folgerung, daß Inflation so schädlich vielleicht doch nicht sei, zieht Fricke nicht — mit Recht nicht: die empirischen Kenntnisse über inflationsbedingte Umverteilungen sind zu grob, um derart weitreichende Schlußfolgerungen zu erlauben.

Hat Fricke bei der Darstellung der Inflationstheorien und der empirischen Analyse noch weitgehend Bekanntes referiert (dies aber kenntnisreich, detailliert und auch nicht unkritisch), so liefert er im vierten Kapitel über Chancen individueller und kollektiver Abwehr von Inflationslast originelle, für die Analyse von Inflationsprozessen beachtenswerte Thesen. Mag sich

der Homo oeconomicus — nach Fricke — der Inflationslast noch vergleichsweise gut erwehren, so ist der in der Realität die Mehrheit bildende „Gewohnheitsmensch“ damit meist überfordert. Es sucht den Schutz vor der Inflation in kollektiv organisierter Interessenvertretung. Deren Abwehraktivitäten gegenüber der Inflation fördern — so ist die Konsequenz für die Verteilung — eine tendenzielle Einkommensnivellierung bei den vertretenen Gruppenmitgliedern. Ein anderer Gedanke führt weiter. Die Abwehr der Inflationslasten ist den Wirtschaftssubjekten und Sektoren durch Reaktionen auf der Ausgabenseite im allgemeinen kaum oder nur schwer möglich und dort auch selten organisierbar. So werden sich die Sektoren über die Einnahmenseite Kompensation verschaffen wollen, indem sie höhere Einnahmen durchsetzen und somit die Inflationslast auf andere weiterwälzen. Da gesamtwirtschaftlich die Einnahmen des einen Sektors gleich den Ausgaben des anderen Sektors sind, wird der Versuch, die Inflationslast über die Einnahmen weiterzureichen, in einem Zirkel münden. Fricke hält das für einen Konstruktionsfehler unseres Wirtschaftssystems, eine freilich ziemlich weitreichende Schlußfolgerung. Frickes Konzept begründet ja „nur“, daß bestimmte Verteilungsmechanismen den Inflationsprozeß aufrechterhalten, sofern die Inflation überhaupt in Gang gekommen ist und weiterhin möglich bleibt. Damit sie aber in Gang kommen kann und damit sie auch weiterhin möglich bleibt, muß eine überreichliche Geldversorgung unterstellt werden. Für die Notenbank gibt es dafür aber keinen Anlaß, zumal dann nicht, wenn die Antizipation der Inflation und Reagibilität auf Änderungen der Inflationsrate so gut ist, daß eine weitgehend lastenfreie Bekämpfung der Inflation möglich wird.

Im Kapitel 5 seiner Arbeit vergleicht Fricke noch die Verteilungswirkungen der relativen Inflation mit denen der absoluten Inflation. „Relative“ Inflation (unterlassene Preissteigerungen bei technischem Fortschritt) haben weitgehend die gleichen Verteilungskonsequenzen wie die absolute Inflation.

Frickes Arbeit zeichnet sich durch eine klare und systematische Darstellung aus. Es ist Literatur in einem ungewöhnlichen Umfang verarbeitet worden, auch ältere Titel (allein die Zahl der Fußnoten über 1000). Auch wenn das Manuskript zu dem Buch bereits Anfang 1977 abgeschlossen wurde und somit manche neue Entwicklung der Inflationstheorie (z. B. die Theorie der rationalen Inflationserwartung) noch nicht berücksichtigt werden konnte, ist das Buch auch heute uneingeschränkt empfehlenswert. Die Breite und Tiefe der Darstellung, die problembewußte Aufbereitung des Materials und die Fülle der angesprochenen Themen geben dem Buch über weite Bereiche einen fast enzyklopädischen Charakter.

R. Pohl, Hagen

Hoppmann, Erich: Marktbeherrschung und Preismißbrauch. Möglichkeiten und Grenzen kartellrechtlicher Preiskontrollen dargestellt am Beispiel der pharmazeutischen Industrie. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1983. 78 S. Brosch. DM 29,—.

Mit der Kartell-Novelle von 1973 wurden neue Aufgreifsmöglichkeiten geschaffen, mit denen der Gesetzgeber glaubte, den Preismißbrauch dominierender Unternehmungen wettbewerbspolitisch besser fassen zu können. Hierbei stellten sich zwei Problemkreise. Der eine befaßte sich mit der Frage, wie Wettbewerbsprozesse ablaufen und welche Preispolitik der Unternehmungen daraus abzuleiten ist; der andere stellt auf die nicht weniger heikle

Frage nach den wettbewerbspolitischen Maßnahmen im Falle eines festgestellten Preismißbrauchs ab. Zu letzterem hat der Verfasser in früheren Publikationen dezidiert Stellung genommen, und wenn man heute auf dieser Ebene bedächtiger vorgeht, so ist das nicht zuletzt das Verdienst des betreffenden Autors. In dieser Publikation hingegen geht es ihm nicht um die wettbewerbspolitische, sondern um die wettbewerbsanalytische Behandlung, und diese wird anhand der pharmazeutischen Industrie vorgenommen. Eine solche Selektion ist nicht zufällig, da das Bundeskartellamt glaubte, vor allem in dieser Branche die Neufassung von § 22 GWB in die wirtschaftspolitische Tat umsetzen zu können.

In den Mittelpunkt der Betrachtung werden Forschung und Innovation gestellt, denen die pharmazeutische Industrie nicht nur ihre Entstehung verdankt, sondern auf denen auch heute noch zum großen Teil ihre eigentliche Betätigung beruht. Folglich handelt es sich hier um einen Industriezweig, dessen zahlreiche Produkte sich in einem ständigen Prozeß des Kommens und Gehens befinden, oder anders ausgedrückt, Märkte, in denen expandierende und schrumpfende Elemente ständig ineinander verflochten sind. Bei einer solchen Konstellation wirft der Verfasser mit Recht die Frage auf, ob für diese Vorgänge Termini wie Marktanteile, Reaktionsverbundenheit, Preisführerschaft etc. noch richtig greifen oder eher falsche Assoziationen hervorrufen. Bekanntlich sind diese Begriffe für im Markt etablierte Unternehmungen geschaffen worden, bei denen das Produkt bzw. die Produkte der betreffenden Unternehmungen eine mehr oder weniger gegebene Größe darstellen. Handelt es sich hingegen um Produkte, wo das eine vom anderen laufend abgelöst wird, so kommt hier dem Preis offensichtlich eine andere Rolle als auf traditionellen Märkten zu. So setzt der Verfasser den Einführungspreis als zentrale Kategorie an den Anfang seiner Analyse, also den Preis, mit dem der beste Zugang zu dem zu erschließenden Markt gefunden werden soll. Um eine andere Situation handelt es sich, wenn das alte Produkt von therapeutisch wirksameren Produkten später verdrängt wird. Sich gegen eine solche Entwicklung mit Preissenkungen des alten Produktes zu stemmen hieße, mit Pfeil und Bogen auf Panzer schießen. Bestenfalls kann dadurch die Verdrängung verlangsamt, aber nicht aufgehoben werden.

In dem Herausstellen dieser unterschiedlichen Positionen des Preises bei innovatorischem Wettbewerb liegt das Hauptanliegen dieser Schrift. Es ist evident, daß dadurch auch die Preishöhe der jeweiligen Produkte anders zu beurteilen ist als in einer stationären Welt mit gegebenen Produkten. Letztere Konstellation ist dann gegeben, wenn die neu hinzutretenden Produkte keine Innovation, sondern primär eine Imitation der schon bestehenden Produkte darstellen. Darunter dürfte weitgehend der bekannte Fall Vitamin B 12 fallen, und es ist bedauerlich, daß der Verfasser auf diese Problematik nicht ausführlich eingeht, d. h. auf das Festhalten von Merck an den alten Preisen, obgleich die betreffenden Produkte nicht von deutlich überlegenen Innovationen überrollt werden. Ein vom innovatorischen Prozeß unabhängiges Charakteristikum der pharmazeutischen Märkte ist ihre Deformierung durch die staatliche Sozialpolitik, von der praktisch alle Märkte des Gesundheitswesens betroffen sind. Hierauf ist vor allem die fehlende Preisreagibilität der Nachfrage bzw. die fast an Null grenzende Preiselastizität zurückzuführen. Ohne ein Mindestmaß an Preisempfindlichkeit ist aber eine Marktwirtschaft nicht funktionsfähig. Selbstredend wird hiervon auch die Höhe des Einführungspreises berührt. Einige Bemerkungen in dieser Richtung hätten das Bild über pharmazeutische Märkte abgerundet. Allerdings könnte der Verfasser darauf entgegnen, daß es ihm primär nicht um die Analyse der phar-

mazeutischen Industrie, sondern um die Rolle des Preises bei einem innovatorischen Prozeß gegangen sei und ihm daher die Arzneimittelindustrie nur als Illustration gedient habe.

Obgleich in der theoretischen Literatur seit rund 20 Jahren der Preis als stumpfe Waffe gegen eindeutig überlegene neue Produkte herausgestellt worden ist, wird in den nationalökonomischen Lehrbüchern immer noch das alte Preisritual eines gegebenen Marktes vorgeführt. Wie sollen dann aber Gerichte und auch das Bundeskartellamt die für solche Sachverhalte adäquate Betrachtungsweise gewinnen? Diese Lücke füllt der Autor mit der von ihm bekannten logischen Stringenz und Prägnanz.

E. Heuß, Erlangen - Nürnberg

Reich, Utz-Peter und Carsten Stahmer (Hrsg.): Gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsmessung und Umweltqualität. (Beiträge zur Weiterentwicklung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Campus Forschung, Bd. 333.) Campus-Verlag, Frankfurt/New York 1983. 215 S. DM 44,—.

Während Pigou 1920 von der damals noch einleuchtenden Vermutung ausgehen konnte, daß mit einem Anstieg des Sozialprodukts normalerweise auch ein Anstieg der Wohlfahrt einer Nation einhergehe, werden heutzutage erhebliche Zweifel an dieser Vermutung laut. Immer hartnäckiger behaupten sich Thesen, wonach die — nicht oder nur unzureichend berücksichtigten — Kosten des Wachstums dessen Erträge längst übersteigen. Der Ruf nach verbesserten oder neugestalteten Sozialproduktberechnungen findet in einer zunehmend breiter werdenden Öffentlichkeit immer stärkeren Widerhall. Die Forschungsaktivitäten zur Erarbeitung neuer Konzeptionen des volkswirtschaftlichen Rechnungswesens haben indes verdeutlicht, daß mit einer Implementierung und Operationalisierung der neuen Vorschläge eine Vielzahl noch ungelöster und vielleicht sogar unlösbarer Probleme verbunden sind. Der Euphorie von Anfang der siebziger Jahre ist nun ein guter Schuß Skepsis beigemischt und mancherorts hat sich sogar eine resignative Stimmung breitgemacht.

Angesichts dieser Sachlage ist das Erscheinen eines Buches zu diesem Themenkreis begrüßenswert und von erheblichem Interesse. Das vorliegende, 215 Seiten starke Buch enthält acht Artikel mit Vorschlägen und Problemaufrissen zur Weiterentwicklung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus der Feder von Wirtschaftswissenschaftlern, Mitarbeitern empirisch orientierter Forschungsinstitute und Angehörigen statistischer Ämter.

Im ersten Beitrag läßt *Christian Leipert* zunächst die Ursachen für die veränderte Einstellung gegenüber dem Sozialprodukt Revue passieren und betont die Dringlichkeit einer Revision des Sozialproduktkonzeptes in Richtung auf dessen Ausgestaltung als ein Nettowohlfahrtsmaß — dies trotz der bislang eher enttäuschenden Ergebnisse. Leipert erkennt in der unbefriedigenden Charakterisierung und Operationalisierung des Konzeptes der „defensiven Ausgaben“ (= *regrettable necessities*) *das* wesentliche Hindernis auf dem Wege einer Erreichung des angestrebten Zieles. Nach einem Überblick über die Verwendung dieses Begriffes im jüngeren Schrifttum gelangt er zu der Schlußfolgerung, daß man bislang noch zu keinem „theoretisch ausgereiften Konzept defensiver Ausgaben“ (S. 38) vorgestoßen ist. Eine Anerkennung dieses Konzeptes macht — so Leipert — eine Revision der neo-

klassischen Theorie erforderlich. „In Frage gestellt ist einmal die Gleichsetzung von Ausgaben der ökonomischen Akteure mit präferenzgesteuerten nutzenmaximierenden Wahlakten, zum anderen der rein individualistische Charakter der Mikrotheorie“ (S. 40). Wie allerdings das Konzept der defensiven Ausgaben operationalisiert werden solle, bzw. in welche Richtung die Änderungen (falls sie überhaupt erforderlich sind) gehen sollten, deutet Leipert bestenfalls nur an. Angesichts der Komplexität des Problems stellt diese Feststellung jedoch keinesfalls einen Vorwurf dar.

Im zweiten Beitrag gibt *Utz-Peter Reich* einen Überblick „Zum Verhältnis von Wohlfahrtstheorie und volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung“. Der Autor zeichnet zunächst die bekannten Überlegungen von Hicks nach, in denen die Bedingungen aufgestellt werden, unter welchen eine Änderung der Mengenindizes (nach Paasche und Laspeyres) als entsprechende Änderung der *individuellen* Bedürfnisbefriedigung interpretierbar sind und wann solche Aussagen (ohne Detailkenntnisse der zugrundeliegenden Nutzenfunktion) nicht gemacht werden können. Reich vertritt — wie vordem bereits Hicks — die Auffassung, daß für intertemporale Vergleiche dafür die Konstanz der Bedürfnisstruktur vorausgesetzt werden muß; eine in der Praxis offensichtlich kaum jemals erfüllte Annahme (zumindest für die lange Frist). Ebenso dürfen sich — will man gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsaussagen aus Sozialproduktsänderungen erschließen — die Nutzenfunktionen der Individuen nicht wesentlich unterscheiden, und die Einkommensverteilung muß über die Zeit konstant bleiben. Damit verliert aber die Analyse jeden praktischen Wert. Reich weist nach, daß die Umkehrung der Fragestellung, nämlich die Suche nach einem „ökonomischen“ Mengenindex, ebensowenig zu einer brauchbaren Lösung führe, einfach deshalb, weil die Fragestellung der Wohlfahrtstheorie auf der Ordinalität der Wohlfahrtsfunktion bzw. der individuellen Nutzenfunktion basiere, während das Sozialprodukt kardinal gemessen werde. „Deshalb ist in bezug auf die Interpretation der statistischen Größen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Fragestellung der ordinalen Wohlfahrtstheorie unzureichend. Man will schließlich nicht nur wissen, ob 5% Anstieg des Sozialprodukts einen Anstieg an Wohlfahrt bedeutet, sondern auch, ob dieser Anstieg doppelt so hoch ist, wie wenn das Sozialprodukt um 2,5% gestiegen wäre. Die allgemeine politische Praxis unterstellt diesen Zusammenhang. Die Wohlfahrtstheorie, die Disziplin, in der Ökonomen sich mit dieser Frage befassen, stellt nicht einmal die Frage.“ (S. 68).

Es ist hier nicht der Ort, ausführlich zu dieser These Stellung zu nehmen; doch scheint mir diese Position nicht nur agnostisch, sie verkennt auch die Leistung der „ordinalen“ Wohlfahrtstheorie. Diese zeigt ja gerade, daß nur unter eingeschränkten Bedingungen überhaupt Rückschlüsse von einem Wachstum des Sozialprodukts auf die gesellschaftliche Wohlfahrt möglich sind. Die Wohlfahrtstheorie hat die Frage nach der kardinalen Meßbarkeit gestellt und stellt sie noch immer; doch solange interpersonelle Nutzenvergleiche für kaum durchführbar angesehen werden, kann eine befriedigendere Antwort nicht gegeben werden. Unter der Voraussetzung, daß alle wohlstandsrelevanten Vorgänge durch das Sozialprodukt erfaßt werden, läßt sich eine Steigerung des Wohlfahrtsmaßes „Sozialprodukt“ als Wohlfahrtssteigerung interpretieren, wenn sich die Einkommensverteilung nicht wesentlich ändert und die Nutzenfunktionen ebenfalls annähernd konstant geblieben sind. Die Leistung der Wohlfahrtstheorie liegt somit darin, daß sie anbietet, welche Variablen *annähernd* konstant bleiben müssen, um von Sozial-

produktsänderungen auf Wohlfahrtsänderungen schließen zu können. Daß dafür noch keine kardinale Skala vorliegt, ist zwar bedauerlich, aber nur schwer zu ändern. Angesichts der Ungenauigkeit der Messungen des Sozialprodukts sollte dieser Mangel allerdings auch nicht als zu hoch angesehen werden. Die Situation ist ähnlich der in der Physik: Man kann auf einer kardinalen Skala die Rotverschiebung eines „Radiosternes“ feststellen, ohne Kenntnis seiner Masse jedoch über seine Geschwindigkeit weiter nichts aussagen, als daß er sich von der Erde entfernt.

Kurt Horz plädiert in seinem Aufsatz „Individueller Konsum als Ersatz für ein Wohlfahrtsmaß“ für einen pragmatisch gangbaren Weg zur Wohlfahrtsbeurteilung auf der Basis einer statistisch zielführenden — weil realisierbaren — Modifikation des individuellen Konsums. Insbesondere sollten die staatlichen Realtransfers an private Verbraucher als individueller Konsum erfaßt werden. „Eine Abgrenzung der Gesamtheit aller individuell zu konsumierenden und vom Staat produzierten Güter und Dienstleistungen ist nur im Rahmen einer umfassenden Aufgliederung des staatlichen Outputs möglich“ (S. 88). Nach Horz ist das hierzu geeignete Instrument die Input-Output-Tabelle. „Sie mißt die Produktion unabhängig von der jeweiligen Einkommensverteilung und Gesellschaftsordnung und besitzt damit a priori eine marktüberschreitende Eigenschaft, die für die gemeinsame Erfassung marktbestimmter und nicht marktbestimmter Produktion von großem Vorteil ist“ (S. 88). Man wird gewiß kaum bestreiten können, daß Input-Output-Tabellen für die Bewältigung des Horz'schen Problems unschätzbare Dienste leisten. Dagegen ist die Feststellung, Input-Output-Tabellen würden die Produktion unabhängig von der jeweiligen Einkommensverteilung und Gesellschaftsordnung messen, ganz gewiß unzutreffend.

Ändert sich etwa aufgrund einer geänderten Einkommensverteilung die Endnachfrage, dann wird sich im allgemeinen die Produktionstechnik und damit die jeweilige Input-Output-Tabelle ändern: Änderungen der Einkommensverteilung ziehen Mengen- und Preiseffekte nach sich.

Die Vorgabe eines Warenkorb mit Konsumgütern, der als minimal-adäquater Lebensstandard normativ gesetzt wird, ermöglicht *Peter Flaschel* jenen „Teil des vektoriellen Nettoinlandsprodukts, in Einheiten aufzuwendender Arbeitsleistungen gemessen“, zu berechnen, der „nicht mehr frei zur Verfügung steht“ (S. 105 f.). In seinem Beitrag „Wohlstand und Arbeitsproduktivität bei technischem Wandel“ leitet er sodann — basierend auf einem Input-Output-Modell — Bedingungen her, unter denen technischer Wandel „vorteilhaft“ ist. Allerdings sind die Aussagen nur möglich, wenn die Vektoren der direkten Arbeitskoeffizienten und die Technologiematrizen bestimmte wohldefinierte größer/gleich Relationen erfüllen. Damit aber induziert die Relation „vorteilhaft“ nur eine partielle Ordnung, ähnlich dem Paretokriterium. Es bleibt somit fraglich, ob dadurch ein für praktische Zwecke erheblich brauchbares Wohlstandskriterium bereitgestellt wird.

In den vier letzten Beiträgen von *Carsten Stahmer*, *Katrin Lederer*, *Friedhelm Gehrman* und *Jörg Beutel* werden Probleme der statistischen Erfassung der Qualität der Umwelt und ihrer Veränderungen erörtert. *Stahmer* gibt eine Übersicht über neuere Ansätze auf diesem Gebiet, die eine Integration in den Rahmen der Ex-post-Kreislaufanalyse ermöglichen, hält aber eine Integration in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung — angesichts der vielen noch ungelösten Probleme — beim gegenwärtigen Stand der Forschung für verfrüht. *Katrin Lederer* erörtert Ansatzpunkte und Möglich-

keiten der Entwicklung konkreter, nicht monetärer Systeme von Umweltindikatoren. Inhaltlich ähnlich gelagert, jedoch komplementär zum Beitrag *Lederers*, sind die Ausführungen von *Gehrmann* über „Umweltindikatoren und gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsmessung“. *Jörg Beutel* gibt im letzten Beitrag eine sehr klare und informative Übersicht über den Einsatz der Input-Output-Analyse als Instrument des Umweltschutzes.

Obwohl in allen vier Aufsätzen die möglichen Ansätze kritisch beleuchtet werden, zeigen sie doch realisierbare Alternativen auf. Deutlich wird, daß jede „Lösung“ im Hinblick auf eine stärkere Berücksichtigung der Umweltqualität ihrem Wesen nach unvollkommen sein wird. Angesichts der praktischen Bedeutung des Problems erschiene es daher manchmal wünschenswert, wenn die statistischen Ämter etwas mehr Mut zu einem wohl-erwogenen Pragmatismus zeigen würden. Schließlich basieren auch die gegenwärtig in der Praxis angewandten Berechnungsverfahren zur Ermittlung des Volkseinkommens und anderer gesamtwirtschaftlicher Maßgrößen auf zum Teil heroischen Konventionen.

Als Resümee läßt sich feststellen, daß die Beiträge insgesamt nur wenig neue Erkenntnisse zu den eingangs angegebenen Fragestellungen beinhalten. Dennoch geben sie interessante Problemaufrisse zu wichtigen und zum Teil politisch brisanten Themen. Vor allem dem Nichtspezialisten auf dem Gebiet des volkswirtschaftlichen Rechnungswesens und interessierten Studenten liefert das Buch eine Fülle an wichtigen Informationen. Den theoretisch arbeitenden Ökonomen werden schließlich Fragestellungen aufgezeigt, deren Behandlung und Beantwortung einige Anstrengung wert sein dürften.

F. Haslinger, Hamburg